Städteinitiative Sozialpolitik
Initiative des villes pour la politique sociale

Geschäftsbericht 2017

1. Sozialpolitische Schwerpunkte, Vernehmlassungen und Anhörungen

Die Städteinitiative Sozialpolitik (SI) engagierte sich im vergangenen Jahr in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Städteverband (SSV) in den folgenden Dossiers:

Asylwesen, Flüchtlinge und Integration

Die Neustrukturierung des Asylwesens erfolgt unter Einbezug der Städte, so beteiligte sich die SI an der Vernehmlassung zur Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen und der Verordnung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern. Die Aufhebung der Sonderabgabe auf Erwerbseinkommen für Personen des Asylbereichs wird aus städtischer Sicht sehr begrüsst. Bei der Integrationspauschale wird der Wegfall des bisherigen Sockelbeitrages kritisch betrachtet; die Anpassung betreffend Rückerstattung wird unterstützt.

Die Mitgliederversammlung verabschiedete an der Frühlingskonferenz das Strategiepapier „Integrationspolitik im Asyl- und Flüchtlingswesen aus Sicht der Städte“ https://staedteinitiative.ch/cmsfiles/integrationspolitik_si_d_201705.pdf und die „Déclaration „Villes refuges – Deklaration Städte als Fluchtorte“ https://staedteinitiative.ch/cmsfiles/declaration_villesrefuges.pdf. Sie ist ein klares Bekenntnis zur Asylpolitik als Verbundaufgabe zwischen Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden wie auch für ein verstärktes Engagement der Städte zugunsten einer raschen Integration und der Stärkung des sozialen Zusammenhalts.

In verschiedenen Mitgliederstädten wurden Vorstösse zur Direktaufnahme von Resettlement-Flüchtlingen eingereicht. Die SI erstellte eine Übersicht der Vorstösse und tätigte erste Abklärungen zum Thema.

Nicolas Galladé nahm als Präsident der SI und als Vertreter des Städteverbandes an einer parlamentarischen Anhörung zur Anpassung des Status der vorläufigen Aufnahme in der SPK-N teil. Dabei wurde für eine Überarbeitung des heutigen Systems plädiert, weil dieses die Arbeitsmarktintegration erschwert. Das gleiche Anliegen vertraten die SI und der SSV auch in einem Schreiben ans Parlament.

Die SI und der SSV wehrten sich im Herbst 2017 auch gegen die Einschränkung des Krankenversicherungsschutzes bei Sans-papiers. Ein Vorstoss hatte gefordert, dass Sans-papiers der Zugang zur Krankenkasse verboten wird.

Interinstitutionelle Zusammenarbeit IIZ

Mit Beschluss vom 29. März 2017 der drei Departementsvorstehenden des EDI, EJPD und WBF wird die nationale IIZ weiterentwickelt. Die Städteinitiative Sozialpolitik ist im IIZ-Entwicklungs- und Koordinationsgremium; der Städteverband im Steuerungsgremium vertreten. Die für die Sozialhilfe verantwortlichen Organisationen SKOS, SODK, SSV, Gemeindeverband und SI haben ihre Zusammenarbeit intensiviert.

Das IIZ-Projekt zur Zusammenarbeit von Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe mit den Themenfeldern „Arbeitsmarktfähigkeit“, „Finanzierungsmodell“ und „Rahmenvereinbarung“

wurde mit einem Projektbericht abgeschlossen. Die SI war in allen drei Themenfeldern mit Fachpersonen vertreten. http://www.iiz.ch/dynasite.cfm?dsmid=120741

Altersvorsorge 2020 und Reform der Ergänzungsleistungen

Die von den Städten unterstützte Vorlage scheiterte an der Urne. In der Vernehmlassung zu den Verordnungen hatte sich die SI für einen besseren Schutz der Übergangsgeneration ausgesprochen und die Vorlage insgesamt befürwortet.

In einem parlamentarischen Hearing der SGK-S zur Reform der Ergänzungsleistungen sprach sich Nicolas Galladé als Vertreter der SI und des SSV dafür aus, die geplanten Einschränkungen beim Kapitalbezug aus der Pensionskasse durchzuführen. Diese würden das System der Ergänzungsleistungen entlasten. Diesen Punkt wurde dem Parlament auch mit einem Brief in Erinnerung gerufen.

Die Städteinitiative Sozialpolitik beschäftigte sich im Weiteren mit diesen Themen und Vernehmlassungen:

Informationsaustausch zu den städtischen Pilotprojekten zur Regularisierung von Cannabis.

Verordnung über die in die Schweiz entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer: Die Erhöhung der Kontrollen zu Lohn- und Arbeitsbedingungen im Rahmen der flankierenden Massnahmen zum freien Personenverkehr wird von der SI unterstützt.

Revision des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG): Die SI erachtet die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage (gemäss EMRK und Bundesverfassung) für die Durchführung von Observationen („IV-Detektive“) als notwendig. In einzelnen Aspekten, so Fristen und Kostenpflicht der Verfahren, schlägt sie Änderungen vor.

Bundesgesetz über die Krankenversicherung: Mit der vorgesehenen Änderung sollen die Franchisen an die Kostenentwicklung im KVG angepasst werden. Die SI lehnt den Vorschlag aus gesundheits- und sozialpolitischen Überlegungen ab.

Bei der Vernehmlassung zur Inkassohilfeverordnung wird das einheitliche Leistungsangebot befürwortet; zu verschiedenen Artikeln werden Präzisierungen vorgeschlagen.

2. Vorstand

Am 13. September verstarb Nino Cozzio, Stadtrat von St. Gallen und Vorstandsmitglied seit 2007, nach schwerer Krankheit. Seine Klarheit und Herzlichkeit, sein grosses Engagement und sein Sachverstand werden fehlen.

Der Vorstand setzte sich am 31. Dezember 2017 aus den folgenden Stadträtinnen und Stadträten zusammen:

- Nicolas Galladé, Winterthur, Präsident, SP, seit 2010
- Oscar Tosato, Lausanne, Vizepräsident, SP, seit 2011
- Raphael Golta, Zürich, SP, seit 2014
- Martin Merki, Luzern, FDP, seit 2012
- Franziska Teuscher, Bern, Grüne, seit 2013
- Antoinette de Weck, Freiburg, FDP, seit 2013.

2017 fanden insgesamt 5 Vorstandssitzungen und eine gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuss der Arbeitsgruppe Leitende Angestellte statt.

3. Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle wird seit 2014 von Katharina Rüegg geführt. Neben der Planung der Geschäfte, Konferenzen und Mitgliederversammlungen sowie der Erarbeitung von Positionspapieren und Vernehmlassungen konnten im Berichtsjahr zwei Kommunikationsprojekte umgesetzt werden: Mitte April ging die neue mobiletaugliche Webseite live und im Herbst erschien die Broschüre „Wohnen für alle – Une ville pour tous“, welche die Erkenntnisse der Frühlingskonferenz ansprechend aufbereitete.

4. Arbeitsgruppe und Ausschuss Leitende Angestellte

Nicole Wagner, Leiterin Sozialhilfe Stadt Basel, übergab auf Ende 2016 den Vorsitz der leitenden Angestellten an Stefan Liembd, Leiter Soziale Dienste Luzern. Als Assistenz amtet Trix Gisler, Bereichsleiterin Zentrale Dienste der Sozialen Dienste Luzern.

Die Mitglieder der leitenden Angestellten (AG LA) trafen sich 2017 zu zwei Sitzungen. Die Sitzungen dienen dem Erfahrungsaustausch und der Diskussion aktueller Fachthemen. An der ersten Sitzung im 2017 wurde zudem der geltende Aufgabenbeschrieb für den Ausschuss der leitenden Angestellten besprochen und bestätigt.

Der Ausschuss der leitenden Angestellten traf sich zu drei Sitzungen. Der Ausschuss bereitet die Sitzungen der AG LA vor und ist für die Geschäftsführung zuständig. Im Ausschuss arbeiten Hildegard Hochstrasser (Baden), Suzanne Naef (Wil), Dieter Wirth (Winterthur), Daniel Knöpfli (Bülach), Ruedi Illes (Basel Stadt) und Beat Schmocker (Schaffhausen) mit. Im Ausschuss werden auch Vernehmlassungen bearbeitet und koordiniert.

Etwa alle drei Jahre bieten die leitenden Angestellten eine Studienreise an. Im Frühjahr 2017, unter der Leitung von Nicole Wagner, besuchten 17 Kolleginnen und Kollegen die Stadt Wien. Die Reise war unter anderem dem Thema geförderter Wohnungsbau gewidmet. Nach einem Vortrag und Diskussion beim Magistrat für Wohnbauförderung wurden mehrere interessante Wohnbauprojekte besucht, so die Seestadt Aspern. Der Besuch beim Fonds Soziales Wien stand unter dem Thema Integration von Asylsuchenden; es wurde durch den Besuch eines Projektes «Kompetenzencheck» des Arbeitsmarktservices Wien abgerundet. Der Abend schliesslich wurde mit einer offiziellen Einladung zum Nachtessen durch das Österreichische Komitee für Soziale Arbeit und des Österreichischen Städtebundes beendet. Am letzten Tag gab es einen spannenden Austausch mit der Leiterin des Magdas Hotels und dem Wiener Landtagabgeordneten und Gemeinderat Peter Florianschütz. Das Magda Hotels wird von Flüchtlingen und Profis geführt.

5. Kennzahlenvergleich zur Sozialhilfe in Schweizer Städten

Der Kennzahlenbericht zeigte eine deutliche Fallzahlensteigerung von durchschnittlich 5.2% in den beteiligten Städten. Im Bericht 2016 konnte die vom Bundesamt für Statistik neu generierte Kennzahl "Haushaltsquote der Sozialhilfe" eingeführt werden. Damit können Antworten auf die Frage gefunden werden, ob bestimmte Haushalts- und Familienformen ein höheres Sozialhilferisiko tragen. Von den Medien wurde insbesondere das hohe Sozialhilferisiko

von jungen alleinerziehenden Müttern aufgenommen. Als weitere grosse Neuerung wurde der Bericht 2016 erstmals integral auf Französisch übersetzt.

6. Netzwerk Romandie

Das Netzwerk (Koordination: Christine Winkler) trug zur Organisation der Frühlingskonferenz bei, indem es die Kontakte mit den Referierenden aus der Romandie herstellte. Auf Anregung der Stadt Genf entstand die „Déclaration „Villes refuges – Deklaration Städte als Fluchtorte“, die ebenfalls an der Frühlingskonferenz verabschiedet wurde.

Dank der französischen Übersetzung des Kennzahlenberichts zur Sozialhilfe war es möglich, Medien und Politik stärker für die Arbeit der Städteinitiative zu interessieren. Aufgrund dieses Erfolgs wurde entschieden, weitere Städte der Romandie für eine Teilnahme am Bericht anzufragen.

In Zusammenarbeit mit dem Vorstand und einem externen Partner organisierte das Netzwerk Romandie die Herbstkonferenz in Montreux. Hier konnten vielfältige Kontakte zwischen Deutschweiz und Westschweiz geknüpft werden, auch fand ein reger Austausch über fachliche Aspekte statt.

7. Konferenzen

Die Frühlingskonferenz fand in Zürich zum Thema Wohnen statt. Die Mitglieder setzten sich mit den Zusammenhängen zwischen Wohnversorgung, Sozialstruktur und der Rolle des Staates auseinander. Projekte rund ums Thema Wohnen aus verschiedenen Städten illustrierten die Tagung.

Die Herbstkonferenz in Montreux stand unter dem Titel „Junge Erwachsene ohne Abschluss und Anschluss“. Als wirksames Vorgehen kristallisierten sich ein individuelles, früh einsetzendes Case Management heraus sowie die interdisziplinäre Zusammenarbeit verschiedener Departemente mit gemeinsam definierten Zielen.

8. Arbeit in und Zusammenarbeit mit (sozial-)politischen Gremien

Die Städteinitiative ist eine Sektion des Schweizerischen Städteverbands. Die Zusammenarbeit ist sehr eng, namentlich in Kontakten mit der eidgenössischen Politik und Verwaltung.

Dank der Zusammenarbeit mit weiteren (sozial-)politischen Organisationen konnte die Städteinitiative Sozialpolitik ihre Anliegen auf Bundesebene wirkungsvoll vertreten. In den folgenden Verbänden und Gremien hatte die Städteinitiative Sozialpolitik Einsitz:

- Vorstand der Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren und Sozialdirektorinnen
- Interinstitutionelle Zusammenarbeit (Steuerungsgremium, Entwicklungs- und Koordinationsgremium)
- Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen: Als Nachfolger von Ruedi Meier, der 2017 zurücktrat, wurde Nicolas Galladé ernannt.
- Nationaler Dialog Sozialpolitik

Eine gute Zusammenarbeit pflegte die Städteinitiative Sozialpolitik auch mit der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe, dem Schweizerischen Gemeindeverband sowie dem Schweizerischen Arbeitgeberverband.

2017 wurde die SI neu Koalitionspartner von READY! einer gemeinsamen Initiative von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, initiiert von der Jacobs Foundation.

9. Mitgliederbestand 2017

Total Mitglieder per 31.12.2017:	58
Total Eintritte:	0
Total Austritte:	0

Allen Personen, die sich in irgendeiner Form für die Anliegen der Städteinitiative Sozialpolitik eingesetzt haben, sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Städteinitiative Sozialpolitik
Nicolas Galladé Präsident
Katharina Rüegg, Geschäftsführerin

Winterthur, im März 2018